

Renaissance der märkischen Gutsherrschaft und des Junkertums:

Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten verbreitet Geschichtsrevisionismus

Berlin-Pankow, 8. Sept. 2018

Stefan Heym hatte am 4. Nov. 1989 auf dem Alexanderplatz etwa eine halbe Million DDR-Bürger aufgefordert, von nun an fort den aufrechten Gang einzuüben. Wie sich jetzt auf der 13. Ravensbrücker Sommeruniversität in Fürstenberg/Havel zeigte, ist dieser Aufruf in der Mark leider verweigert und daher der Petitionsausschuss des Brandenburger Landtages wegen Verdacht der Leugnung von NS-Völkermord und schwerwiegender Missachtung der Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis zur Hilfe und Aufklärung angerufen worden.

Die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten hatten bisher einen fachlich guten Ruf. Inzwischen scheint sie nun aber dem Geschichtsrevisionismus eines Milliardärs aus Bonn-Bad Godesberg und dem harmoniegeleiteten Nationalismus der universitären Berliner Geschichtswissenschaft anheim gefallen und umgekippt. Dies sei an drei Beispielen belegt:

1) Stele zum universitären Generalplan Ost auf dem Kurfürstendamm 140, Berlin-Halensee

Informelle Burschenschaftler/innen und Corpsstudierende hatten bei der Realisierung der 2008 enthüllten Stele durchgesetzt, dass die Begriffe „Wissenschaft“ oder „Berliner Universität“ und/oder „studentischer Facheinsatz Ost“ nicht verwendet wurden. Zudem regten Russlandhasser erfolgreich an, dass die 50- bis 100.000 exemplarisch genannten polnischen Opfer im Raum Lublin-Zamość höher gewertet wurden als die wissenschaftlich geplante Verringerung der Bevölkerung Leningrads mit etwa einer Million Hungertoten als Planerfüllung während der NS-Blockade 1941-1944. Obgleich 15.000 sowjetische Kriegsgefangene in der Genickschussanlage des KZ Sachsenhausen ermordet wurden, trauen sich die schüchternen Vertreter der Gedenkstätte in den letzten zehn Jahren nicht, in der Ständige Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und eine sofortige Korrektur zu veranlassen (unsere Kritik vom 5. Jahrestag der Aufstellung im Mai 2013: http://gplanost.x-berg.de/PE5JahreSTeleGPOKudamm140_2013mai08.pdf)

2) falsche Quellen- und Datenangaben an prominenter Stelle verbreitet

Am 28. Sept. 2017 veranstaltete die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten einen Empfang zu Ehren der erinnerungspolitischen Arbeit von Reinhard Strecker im Auswärtigen Amt Berlin. Zum mittelgut bezahlten Festvortrag beauftragte sie einen Historiker, der seit 27 Jahren die Herausgeberschaft des 100-seitigen Generalplan Ost durch die Universität Berlin leugnet, die Autorenschaft nur bei der SS sieht und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch die Wertung als „schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ der Agrarfakultät der HU vom Mai 2002 in Abrede gestellt hat (die Gedenkstätte verweigert die Herausgabe des Redemanuskripts).

3) pluralistische Opferperspektive verweigern, Zugang zu Primärquellen nicht ermutigen

Vom 2.-7.Sept. fand die 13. Sommeruniversität zum Thema „Hunger, Zwangsarbeit und Ernährungsforschung. Nationalsozialistische Agrarpolitik und das KZ-System“ statt https://www.orte-der-erinnerung.de/wp-content/uploads/2018/04/20180628_13_ESUR_Faltblatt_2018.pdf . Am 20. Juli wurde die Leitung der Stiftung auf drei angekündigte Referentinnen aufmerksam gemacht, welche am Projekt „Geschichte der DFG von 1920 bis 1970“ mit einem Budget von sechs Millionen Euro mitgearbeitet hatten. In der dritten Augustdekade wurden die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte Ravensbrück gebeten, einen minimalen Pluralismus sicherzustellen durch Auslage zur Mitnahme der Agrar-Erklärung/ Entschuldigung zum GPO von 2002 und von verkleinerten Kopien der unharmonischen Schlüsselseiten acht-fünf, acht-acht und neun-drei des 100-seitigen Uni-GPO. Dieser einfachen Bitte wurde leider nicht entsprochen.

Die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten scheint an der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung und strafrechtlich wahrhaftigen Bewertung von ungesühnten NS-Okkupationsverbrechen in Mittel- und

Osteuropa desinteressiert. Sie verhält sich so arrogant wie märkische Junker und Gutsherrn, die bis in die 1870er Jahre die Gerichtsbarkeit wahrnahmen und für die Begriffe wie Partizipation, Transparenz, Pluralität, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaft absolute Fremdworte waren. Zudem engagiert sie Referentinnen und Referenten, welche wissenschaftliche Falschaussagen verbreiten und aktiv unerfreuliche NS-Unigeschichte der SS in die Schuhe schieben. Der Verein zur Völkerverständigung mit MSOE ist empört über die tragische Verweigerung von Rechtsfrieden und einfacher Satisfaktion für noch lebende NS-Opfer und ihre Angehörigen auch auf der diesjährigen 13. SUR und beklagt den Mangel an Gemeinsinn wegen des enormen wirtschaftlichen Schadens in der Nicht-Entwicklung der Beziehungen zu Polen und Russland. Zwecks Beendigung dieses tragischen Geschichtsrevisionismus auf der Basis staatlicher Finanzierung sieht er sich nun genötigt, eine Beschwerde gegenüber der Vorstandsvorsitzenden und den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung heute beim Brandenburger Landtag einzulegen.

Nachfragen bei der Stiftung in Oranienburg sowie beim Petitions- und Wissenschaftsausschuss des Brandenburgischen Landtages sind erwünscht.

Matthias Burchard
Vorstand und Projektkoordinator
mob: 01577-3958048

Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V./
Association for the Promotion of Understanding with the People of Middle, Southern and Eastern Europe
Общество поддержки взаимопонимания народов между Средней, Южной и Восточной Европы
Towarzystwo Pojednania między Narodami w Europie Środkowej, Południowej i Wschodniej

Adress of the association:
13125 Berlin-Pankow

Web: <http://gplanost.x-berg.de>

+Links

- Rechtsfrieden ist erklärtes Ziel der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von Nazi-Verbrechen: <http://www.zentrale-stelle.de/pb/Lde/Startseite/Arbeitsweise/Straftaten>
- Paragraph 220a Strafgesetzbuch Deutsche Reich von 1871: <http://lawwww.de/Library/stgb/220a.htm>
- Nürnberger Urteil im Volkstumsprozess Nr. VIII vom 10.03.1948: <http://gplanost.x-berg.de/rechtsfr.html#Urteil>
- Erklärung als „schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und Entschuldigung der Berliner Agrarfakultät vom Mai 2002: <https://www.agrar.hu-berlin.de/de/institut/profil/gpo>
- neue Bewertung der Dt. Forschungsgemeinschaft, wonach der Generalplan nie Realität wurde: http://www.dfg.de/pub/generalplan/vertreibung_1.html
- unsere Kritik an der DFG-Ausstellung vom 25. Mai 2012: http://gplanost.x-berg.de/2012_05_25DFG_ipnpan-ExhibGPEscientificmisconductPDdt.pdf

Tabelle mit den 36 zur Germanisierung projektierten Städte plus drei Siedlungsmarken auf Seite 85:

[unter a: jeweils Link bei Verein zur Völkerverständigung, unter b jeweils der Link zu Projekt 100(0) Schlüsseldokumente]

a: <http://gplanost.x-berg.de/85unigpo.htm>

b: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0138_gpo&object=facsimile&pimage=85&v=100&nav=&l=de

Vernichtungs- und Siedlungsplanungen für die Stadt Leningrad und die Krim auf Seite 88:

a: <http://gplanost.x-berg.de/88unigpo.htm>

b: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0138_gpo&object=facsimile&pimage=88&v=100&nav=&l=de

Vernichtungs- und Germanisierungsplanung für 85 Prozent der Litauer und 99 Prozent der Polen (Seite 93)

a: <http://gplanost.x-berg.de/93unigpo.htm>

b: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0138_gpo&object=facsimile&pimage=93&v=100&nav=&l=de